

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: GWB - EG - EG-Japan - USA - Brasilien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1983) : Kurz kommentiert: GWB - EG - EG-Japan - USA - Brasilien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 1, pp. 5-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135754>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

GWB

25 Jahre Bundeskartellamt

Vor 25 Jahren, am 1. Januar 1958, wurde das Bundeskartellamt in Berlin auf der Grundlage des kurz vorher beschlossenen Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) eingerichtet. Damit wurde die Abkehr von einer langen und intensiven Tradition der Kartelle in Deutschland vollzogen. Heute wird die prinzipielle Notwendigkeit einer Wettbewerbsgesetzgebung für die Erhaltung der sozialen Marktwirtschaft von allen relevanten Gruppen in der Bundesrepublik anerkannt. Zu diesem hohen Grad der gesellschaftlichen Akzeptanz hat auch die Politik des Amtes beigetragen, und es selber rechnet sich das wohl zu Recht als seinen größten Erfolg an. Bei vielen seiner Maßnahmen ist dem Amt der Beifall des breiten Publikums gewiß, so etwa bei dem aktuellen Fall der Kartelluntersuchung im Baugewerbe.

Diese grundsätzliche Übereinstimmung bedeutet allerdings nicht, daß über jede Vorschrift des Gesetzes und Maßnahme des Amtes Einigkeit besteht. Die bisher vier Gesetzesnovellen haben jeweils die Eingriffsmöglichkeiten des Amtes und seinen Ermessensspielraum erweitert. Gleichzeitig hat der Wandel in der Wirtschaft das Amt vor immer neue Aufgaben gestellt, so etwa bei der Nachfragemacht, die in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat und für die konsequenterweise eine neue Beschlußabteilung eingeführt wurde. Bei alledem sollte das Amt auch in Zukunft behutsam verfahren und die Tragfähigkeit des Gesetzes nicht in extenso austesten. Denn angesichts des Umfangs des Gutachterkriegs, insbesondere bei der Fusionskontrolle, und der Länge der Verfahren – die sich oft über Jahre hinziehen, bis sie höchstrichterlich entschieden sind – mag sich sonst in einigen Fällen die Frage stellen, ob der mögliche Ertrag solcher Entscheidungen noch den Aufwand rechtfertigt.

kra

EG

Gefeilsche um Fisch

Die bis Ende 1982 erhoffte Einigung über eine gemeinsame Fischereipolitik als Ergänzung der bestehenden gemeinsamen Agrarpolitik ist am nationalen Egoismus

Dänemarks gescheitert. Über Fragen der Marktordnung und Maßnahmen zur Erhaltung des Fischbestandes war man sich in jahrelangen Verhandlungen zwar prinzipiell einig geworden. Das Inkrafttreten einer gemeinsamen Fischereipolitik wurde jedoch dadurch blockiert, daß Dänemark nicht bereit war, ein Paket über Quoten und Zwangsregelungen zu akzeptieren. Ursache war die Weigerung der übrigen Neun, dänischen Forderungen nach zusätzlichen Fangrechten über 20 000 t Makrelen in Westengland und Fanglizenzen im Shetland-Gebiet nachzugeben.

Während andere EG-Länder erhebliche Abstriche von ihren ursprünglichen Positionen gemacht hatten, zeigte sich Dänemark auch nach beträchtlichen Nachbesserungsangeboten der übrigen Neun nicht kompromißbereit. Diese starre Haltung ist in mehrfacher Hinsicht fatal. Die Fischereiwirtschaft in der EG muß sich auf zum Teil höchst unsichere Fangbedingungen einstellen, nicht zuletzt auch deshalb, weil durch das Scheitern der gemeinsamen Politik Abkommen mit Drittländern nicht in Kraft treten können. Zudem birgt die von den Dänen nach Ablauf der Übergangsregelungen beanspruchte Freizügigkeit des Fischens vor den Küsten der Gemeinschaftsländer durchaus auch Risiken für sie selbst: Sie können damit auch keine Schutzzone vor Grönland beanspruchen. Vor allem aber bleibt in dem Gefeilsche um einige Tonnen Fisch „Europa“ wieder einmal auf der Strecke.

kr

EG – Japan

Neue Handelserleichterungen

Nachdem Japan bereits im Mai Zollsenkungen für mehr als 200 Industrie- und Agrarprodukte beschlossen hatte, sollen nun mit Wirkung vom 1. April 1983 die Zölle für weitere 28 industrielle und 40 landwirtschaftliche Erzeugnisse herabgesetzt werden oder ganz wegfallen. Dadurch werden sich nach Berechnungen der japanischen Regierung die Einfuhren des Landes im Fiskaljahr 1983/84 um etwa 19 Mrd. Yen erhöhen. Im Gegensatz dazu erwarten die Handelspartner Japans in Nordamerika und Westeuropa nur geringe Auswirkungen auf die Handelsströme.

Die bekanntgewordenen Liberalisierungsschritte dürften somit den handelspolitischen Druck der USA

und der EG auf Japan kaum mildern. Insbesondere die USA, die den bei weitem wichtigsten Absatzmarkt für japanische Exportprodukte bilden, verfügen mit dem Handelsgesetz von 1974 über ein schlagkräftiges Instrument zur Abwehr der Konkurrenz aus dem Fernen Osten. Die EG-Kommission hat sich bereits mit Japan auf ein vierstufiges Verhandlungsprogramm geeinigt, das bis Mitte Februar abgewickelt werden soll, um dadurch eine Eskalation des laufenden Handelsstreites zu vermeiden. Der Erfolg dieser Verhandlungen wird vor allem daran zu messen sein, ob es gelingt, den gegenwärtigen Warenaustausch zu verstärken, also in erster Linie die Voraussetzungen für EG-Exporte nach Japan zu verbessern. Zu befürchten steht allerdings, daß eher das Gegenteil eintritt, nämlich der Schwerpunkt auf eine Begrenzung der Ausfuhr Japans in die Gemeinschaft gelegt wird, zumal die für das vergangene Jahr getroffenen Selbstbeschränkungsregelungen bei Automobilen, Farbfernsehgeräten und Werkzeugmaschinen im großen und ganzen „erfolgreich“ waren. Damit wäre aber nur eine Scheinlösung der bilateralen Handelsprobleme erreicht.

ko

USA

Höhere Benzinsteuern

Seit jeher zahlt der Autofahrer in den USA für Benzin nur etwa halb so viel wie in Westeuropa. Daran haben auch zwei Ölpreisexplosionen nichts geändert. Anders als die europäischen Länder haben die USA ihre ohnehin niedrigen Benzinsteuern mit ansteigenden Benzinpreisen nicht erhöht. Wiederholte Appelle der Internationalen Energieagentur (IEA), im Interesse des gemeinsamen Ölsparziels die Steuer anzuheben, blieben lange ohne Erfolg.

Jetzt aber hat der amerikanische Kongreß ein Gesetz verabschiedet, mit dem die Bundessteuer für Treibstoffe ab April von 5 auf 9 Cent pro Gallone heraufgesetzt wird. Damit steigt die gesamte steuerliche Belastung einschließlich der von den Bundesstaaten erhobenen Abgaben von gegenwärtig 13 auf etwa 17 %. Zum Vergleich: In Europa liegen die Sätze zwischen 90 und 170 %. Die Entscheidung zur Erhöhung resultiert allerdings nicht aus der späten Einsicht in die Notwendigkeit, den hohen Benzinverbrauch einzudämmen; vielmehr entspringt sie dem Bestreben, trotz leerer Haushaltskassen Mittel zur Verbesserung des schlechten Zustandes des Straßennetzes aufzubringen.

Angesichts rückläufiger Benzinpreise in den USA – seit Januar 1981 sind sie an den Tankstellen um etwa 8

Cent gesunken – ist der Zeitpunkt für die Steuererhöhung in einem so sehr vom Autoverkehr abhängigen Land geschickt gewählt. Die Mineralölfirmen dürften Mühe haben, die Erhöhung in vollem Umfang auf die Verbraucher weiterzuwälzen. Und die IEA kann mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, daß nun auch der größte Ölverbraucher unter den Mitgliedsländern wenigstens einen kleinen Schritt zur Anhebung der Besteuerung getan hat, wenn auch deren Niveau nach wie vor weit niedriger ist, als in Europa seit langem akzeptiert wird.

ma

Brasilien

Hilflose Gläubiger

Zu Jahresbeginn hat das mit ca. 90 Mrd. US-\$ im Ausland verschuldete Brasilien die Tilgungszahlungen für seine mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten eingestellt. Überraschend kam dieser Schritt nicht. Die seit mehr als zwei Jahren stagnierende Volkswirtschaft, die 1982 bei einer Inflationsrate von 100 % erstmals seit 20 Jahren einen Exportrückgang hinnehmen mußte und unter gewaltigen Haushaltsdefiziten des öffentlichen Sektors leidet, war längst zu einem Umschuldungskandidaten geworden. Allerdings weigerte sich das Land bislang beharrlich, einen offiziellen Umschuldungsantrag zu stellen. Statt dessen rettete sich die Regierung durch eine drastische Ausweitung der kurzfristigen Auslandsverschuldung noch über den Wahltermin im vergangenen November.

Wie es nun weitergehen soll, weiß niemand – am wenigsten die hilflos wirkenden Gläubiger. Bei einigen von ihnen mag der jetzige Alleingang Brasiliens insgeheim sogar Erleichterung ausgelöst haben. Vielen mittleren und kleineren Gläubigern ist nun die Möglichkeit genommen, auslaufende Kredite nicht zu erneuern und so neue Löcher aufzureißen, die die stark engagierten Großbanken bislang im eigenen Interesse stopfen mußten. Die Zahlungseinstellung schafft insofern zumindest eine Voraussetzung für eine geordnete Umschuldung. Die Erfahrungen der frühen 60er Jahre lassen freilich vermuten, daß der Weg dorthin noch weit ist. Schon damals waren Verschuldungsprobleme in Brasilien eine nationale Prestigefrage. IWF-Auflagen und Umschuldungsverhandlungen scheiterten daran jahrelang ebenso wie die jeweils beteiligten brasilianischen Regierungen. Die heute politisch Verantwortlichen werden deshalb schon aus Selbsterhaltungstrieb auf eine forsche Vorwärtsstrategie setzen. Sollte ein solches Verhalten Schule machen, gehen die Banken schweren Zeiten entgegen.

er